Zeitschrift: Appenzeller Kalender
Band: 286 (2007)

Artikel: Blick in die Welt
Autor: Bührer, Walter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-377332

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Blick in die Welt

Walter Bührer

60S 12S

«Wenn die gegenwärtige Zunahme der Weltbevölkerung, der Industrialisierung, der Umweltverschmutzung, der Nahrungsmittelproduktion und der Ausbeutung von natürlichen Rohstoffen unverändert anhält, werden die absoluten Wachstumsgrenzen auf der Erde im Laufe der nächsten hundert Jahre erreicht.» Spätestens seit der «Club of Rome» 1972 seine Prognosen über die «Grenzen des Wachstums» geäussert hat, ist die Frage, wie viel menschliche Aktivitäten die Erde erträgt, zu einem viel diskutierten Gegenstand geworden. Zwar dürften sich die Thesen des «Club of Rome» in ihrer Absolutheit kaum bewahrheiten. Trotzdem haben sie das Bewusstsein geschärft, dass die Erde nicht beliebig ausgebeutet werden kann, ohne früher oder später einem Kollaps zuzusteuern. Nicht nur die Hinweise auf weltweite Klimaänderungen haben sich in den vergangenen Jahren stetig verdichtet. Auch bei den natürlichen und lebenswichtigen Ressourcen – allen voran Erdöl und Wasser – zeichnen sich gravierende Verknappungen und mögliche globale Konflikte ab.

Bevölkerungsstarke Nationen wie Indien und China sind zu Konkurrenten auf den globalen Rohstoffmärkten geworden. Sie beanspruchen heute rasch wachsende Anteile an Rohstoffen und Umweltressourcen, während auch der Verbrauch im Westen weiter zunimmt. Die Abhängigkeit der Welt von Erdöl und Erdgas hat die Preise 2005/2006 schlagartig in die Höhe schnellen lassen – von rund 30 auf zeitweise bis zu 80 Dollar pro Fass.

Wohl waren an diesen Preisentwicklungen auch politische Krisen und Naturkatastrophen schuld: der anhaltende Konflikt im Irak, der Streit um das iranische Atomprogramm, Anschläge auf Öleinrichtungen in Nigeria, Wirbelstürme im Golf von Mexiko sowie Unsicherheiten in Förderländern wie Venezuela. Entscheidender aber ist die Tatsache, dass die Nachfrage unaufhaltsam steigt, während das globale Angebot stagniert oder sogar rückläufig ist. Für 2006 prognostizierte die Internationale Energieagentur in Paris eine Zunahme der Nachfrage um 2,2 Prozent: Damit würden weltweit 85,13 Millionen Barrel pro

Bild: Keystone

An den Schweizer Tankstellen erreichten die Benzinpreise zeitweise gegen Fr 1.80 pro Liter.

Tag benötigt. 2005 lag das Angebot jedoch im Durchschnitt nur bei 84,1 Millionen. Anders als 1973 handelt es sich nicht um eine momentane Verknappung, sondern höchstwahrscheinlich um eine längerfristige Trendwende: Erstmals seit Beginn des Erdölzeitalters zeichnet sich ein globaler Nachfrage-Überhang ab, dessen Konsequenzen für die Weltwirtschaft vorläufig schwer abschätzbar sind. Ökologisch könnten die höheren Preise zwar eine positive Wirkung haben, indem sie zu einem verantwortungsbewussteren Umgang mit der Ressource Erdöl veranlassen, mittelfristig die Entwicklung sparsamerer Autos und Heizungen begünstigen und längerfristig die Entwicklung alternativer Energien fördern. Mangels rasch verfügbarer Alternativen beginnt sich der Energiehunger aber immer stärker auf die Weltpolitik auszuwirken. Die USA, aber auch Staaten wie China richten ihre Aussenpolitik immer ungehemmter auf die Sicherung der Erdöl- und Erdgasversorgung aus, was in nicht allzu ferner Zukunft zu ernsthaften Konflikten führen könnte. Die Folgen zeigten sich nicht zuletzt im Atomstreit mit Iran, wo China und Russland nicht für Sanktionen gegen das Teheraner Regime zu gewinnen waren.

Atomstreit mit Iran

Ungeachtet weltweiter Besorgnis trieb Iran sein umstrittenes Atomprogramm fort. In der westlichen Welt stiessen die Beteuerungen Teherans, mit der Urananreicherung ausschliesslich zivile Ziele zu verfolgen, auf Unglauben. Bereits 2002 war bekannt geworden, dass der Iran Atomanlagen unterhielt, die er der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) verheimlicht hatte und die auch für militärische Zwecke genutzt werden konnten. Ausserdem wurden Geheimdienstberichte bekannt, wonach Iran Lasertechnologie zu erwerben versucht, die auch beim Bau moderner Raketen verwendet werden kann. Die Krise spitzte sich zu, als der Ultrakonservative Mahmud Ahmadinejad Anfang August 2005 Mohammed Khatami im Präsidentenamt ablöste. Ahmadinejad bekräftigte nicht nur sein unbedingtes Festhalten am Atomprogramm, sondern brüskierte den Westen wiederholt mit der Aussage, Israel müsse von der politischen Landkarte getilgt werden. Während die USA im Atomstreit mit Iran eine harte Linie verfolgten und auch die Anwendung von Gewalt nicht ausschlossen, setzte die Europäische Union auf Verhandlungen. Diese Bemühungen wurden jedoch desavouiert, als Iran Anfang Januar 2006 die Wiederaufnahme der Urananreicherung ankündigte. Auch die IAEO erklärte sich ausserstande, den Konflikt mit Iran lösen zu können, und leitete die Angelegenheit an den UNO-Sicherheitsrat weiter. Im April erklärte Ahmadinejad sein Land zur Atommacht. Sowohl er als auch Ayatollah Chamenei, der geistliche Führer Irans, bekräftigten in zahlreichen Auftritten, ihr Land werde sich durch internationalen Druck nicht vom Ausbau seines Nuklearprogramms abhalten lassen. Auch ein russisches Kompromissangebot, wonach Russland die Urananreicherung für Iran übernähme, wurde brüsk zurückgewiesen – das Teheraner Regime nährte damit zusätzlich den Verdacht, dass es ihm nicht um die Autonomie seiner Energieversorgung, sondern um den Besitz einer Atombombe gehe. Trotzdem widersetzten sich Russland und China der Formulierung einer Sicherheitsrats-Resolution, die für den Fall einer fortgesetzten iranischen Nicht-Kooperation auch Sanktionen vorsah.

Krisenherd Irak

Auch der Irak blieb ein Krisenherd. Kaum ein Tag verging im Zweistromland ohne politische Gewalt: Bombenanschläge forderten Tausende von Opfern, und Entführungen und Geiselmorde blieben an der Tagesordnung. Den von den USA geführten ausländischen Truppen gelang es so wenig wie den irakischen Sicherheitskräften, der politischen und kriminellen Gewalt einen Riegel zu schieben. Im Gegenteil, Irak wurde in der Berichtsperiode immer mehr zum «sicheren Hafen» für Terroristen aus aller Welt. Zahlreiche An-

Bild: Keystone

Der folgenschwerste Anschlag traf am 22. Februar 2006 die Goldene Moschee in Samarra, eines der bedeutendsten schiitischen Heiligtümer im Irak.

schläge trugen die Handschrift der Terrororganisation El Kaida. Diese verfolgt offenkundig die Strategie, eine Befriedung des Landes zu verhindern und einen Bürgerkrieg zwischen Schiiten und Sunniten zu provozieren. Als wichtigster Kopf der Organisation im Irak wurde der Jordanier Abu Musab az-Zarkawi betrachtet. Am 7. Juni konnten ihn die USA durch einen gezielten Luftangriff in Hibhib nördlich von Bagdad zur Strecke bringen. Den folgenreichsten Anschlag verübten Terroristen am 22. Februar 2006 in Samarra: Im Morgengrauen brachten sie in der «Goldenen Moschee», einem der vier wichtigsten schiitischen Heiligtümer des Landes, Bomben zur Explosion, die das Gebäude weitgehend zerstörten. In dem Schrein sind zwei der zwölf rechtmässigen schiitischen Imame begraben. Mit dem Anschlag trieb der Irak gefährlich nahe an einen Bürgerkrieg. Bei Krawallen zwischen Schiiten und Sunniten nach der Zerstörung der «Goldenen Moschee» kamen gegen hundert Menschen ums Leben. Ein weiterer folgenreicher Anschlag richtete sich am 7. April 2006 gegen die schiitische Buratha-Moschee im Norden Bagdads: Zwei Selbstmordattentäterinnen rissen 79 Gläubige mit in den Tod. Gar gegen 1000 Opfer forderte am 31. August 2005 eine Massenpanik auf einer Brücke in Bagdad.

Mitschuldig an der immer prekäreren Sicherheitslage war auch die Politik. Zwar beteiligte sich eine Mehrheit der Bevölkerung an den nationalen Urnengängen. Am 15. Oktober wurde

eine neue Verfassung mit 78,59 Prozent der Stimmen angenommen. Trotz Boykottaufrufen sunnitischer Parteien betrug die Beteiligung landesweit über 60 Prozent. Auch die Parlamentswahlen vom 15. Dezember 2005 gingen überraschend reibungslos über die Bühne: Wie erwartet schnitt die schiitische Parteienallianz am besten ab. Mühsam gestaltete sich jedoch die Bildung einer neuen Regierung: Der Streit entzündete sich an der Person des bisherigen Regierungschefs Ibrahim al-Jaafari. Der Schiit bewarb sich für eine zweite Amtszeit als Ministerpräsident, stiess jedoch bei Sunniten und Kurden auf kategorische Ablehnung. Es dauerte bis Ende April, bis die Abgeordneten in Bagdad den Sunniten Mahmud al-Majhadani zum neuen Parlamentspräsidenten wählen und hierauf den Kurden Jalal Talabani als Staatspräsidenten bestätigen konnten. Talabani beauftragte schliesslich Jawad al-Maliki, einen Angehörigen der schiitischen Religionsmehrheit, mit der Regierungsbildung. Mit Maliki erhielt Irak einen Regierungschef, dem zugetraut wurde, das Land vor einem weiteren Abgleiten in einen Bürgerkrieg zwischen den grossen Religionsgemeinschaften zu bewahren.

Auch in Afghanistan verschlechterte sich die Sicherheitslage. Immer öfter verübten Taliban Anschläge gegen ausländische Truppen und Einrichtungen. Trotz weltweiten Gegenmassnahmen verlor der islamistische Terror nichts von seiner Gefährlichkeit: Am 7. Juli 2005 traf es die Londoner Innenstadt: Nahezu zeitgleich detonierten Bomben in drei Untergrundbahnen und einem Doppeldeckerbus. Mehr als 50 Menschen starben, über 700 wurden verletzt. In New Delhi forderten drei Bombenanschläge am 29. Oktober 59 Menschenleben. Mehrmals wurden auch Badeorte auf der ägyptischen Sinai-Halbinsel Ziele von Terroranschlägen.

Am 7. Juli 2005 detonierten in der Londoner Innenstadt in drei Untergrund-Zügen und einem Doppeldeckerbus nahezu zeitgleich Sprengsätze.

Konflikt um Karikaturen

Der islamistische Terror wurzelt in den kulturellen und politischen Gegensätzen zwischen Orient und Okzident. Weitherum in der islamischen Welt wird die westliche Zivilisation als aggressiv und rücksichtslos wahrgenommen, werden westliche Werte wie individuelle Freiheit, Selbstbestimmung, Religionsfreiheit und Bürgerrechte als Bedrohung empfunden. Bereits 1993 hatte der Politologe Samuel P. Huntington in einem brillanten Essai («The Clash of Civilizations») vor einem Zusammenprall der Kulturen gewarnt. Diese Prognose schien sich jetzt unversehens zu bewahrheiten: In einer dänischen Zeitschrift waren am 19. Oktober 2005 zwölf Mohammed-Karikaturen erschienen. Der Prophet wurde unter anderem mit einer Bombe mit brennender Lunte auf seinem Turban dargestellt. Eine weitere Karikatur stellte ihn als Himmelshüter dar, der Selbstmordattentätern den Zutritt mit den Worten verwehrt: «Halt! Uns sind die Jungfrauen ausgegangen.» Nachdem die dänische

Regierung unter Berufung auf die Pressefreiheit eine Entschuldigung abgelehnt hatte, eskalierte der Streit um die Mohammed-Karikaturen Anfang 2006. In zahlreichen Ländern – von Marokko bis Indonesien – kam es zu teilweise gewaltsamen Unruhen. Hassprediger riefen zum Boykott dänischer Waren und zu Gewaltakten gegen dänische Einrichtungen auf. Am 4. Februar wurden die dänische und die norwegische Botschaft in der syrischen Hauptstadt Damaskus von Demonstranten in Brand gesteckt. Auch im Gazastreifen, im Libanon, im Norden Nigerias, in Afghanistan, Pakistan und Indonesien kam es zu Ausschreitungen. Der Iran kündigte Wirtschaftssanktionen gegen europäische Staaten an, in denen die Karikaturen erschienen waren. In der Türkei traten Demonstranten die EU-Flagge mit Füssen. Bis zum 22. Februar wurden gemäss einer detaillierten Auflistung auf der Website «Cartoon Body Count: Death by Drawing» im Zusammenhang mit dem Karikaturenstreit 139 Menschen getötet und 823 verletzt.

In der westlichen Welt blieb die Auseinandersetzung nicht ohne Widerhall. In vielen Ländern führte sie zu einer breiten Diskussion über die Pressefreiheit und deren Grenzen. Dabei überwog die Auffassung, dass Freiheit immer auch Verantwortung und Rücksicht bedingt, ganz besonders was religiöse Gefühle anbelangt. Anderseits kann es aber nicht Eiferern in fremden Kulturen überlassen werden, Schranken der Medienfreiheit in

Bilder: Keystone

In mehreren Ländern, unter anderem in Pakistan (Bild), wurden dänische Flaggen verbrannt und dänische Einrichtungen angegriffen.

westlichen Ländern zu definieren. Auch der schweizerische Presserat lehnte es ab, den Nachdruck der Mohammed-Karikaturen in schweizerischen Zeitungen zu verurteilen.

Vorwärts und rückwärts

Belastend für das Verhältnis zwischen islamischer und westlicher Welt wirkt sich die ungelöste Palästina-Frage aus: Fortschritten im Friedensprozess standen erneut Rückschläge gegenüber. Am 21. August 2005 begannen die Israelis mit der Räumung von 21 jüdischen Siedlungen im Gazastreifen. Die Regierung Scharon setzte sich mit diesem Kraftakt über die Proteste der Siedlerbewegung hinweg. Nach 38-jähriger israelischer Besatzung übernahmen die Palästinenser damit die Kontrolle über den gesamten Gaza-Streifen. Dass Scharon eine neue Politik gegenüber den Palästinensern einzuschlagen gedachte, unterstrich er, als er am 22. November demonstrativ die Likudpartei verliess und eine neue Formation namens Kadima («Vorwärts») gründete. Am 18. Dezember erlitt Scharon jedoch einen Schlaganfall, der seine politische Tätigkeit jäh beendete. Die Regierungsgeschäfte wurden dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Ehud Olmert übertragen. Am 11. April 2006 beschloss das israelische Kabinett, Scharon für dauerhaft amtsunfähig zu erklären. Die von ihm gegründete Kadima wurde bei den Wahlen am 28. März 2006 mit 29 Sitzen stärkste Fraktion in der Knesset. Ihr Programm sieht insbesondere die Räumung weiterer Siedlungen und die Übergabe eines Grossteils des Westjordanlandes an die Palästinenser vor.

Auf palästinensischer Seite verschlechterten sich hingegen die Voraussetzungen für den Friedensprozess. Bei den Parlamentswahlen vom 25. Januar siegte die radikale Hamas; sie gewann 76 der 132 Sitze; auf die bislang regierende Fatah-Bewegung entfielen noch 43 Sitze. Die Hamas-Bewegung verdankte ihren Erfolg einerseits ihrer höheren Glaubwürdigkeit bei den palästinensischen Wählern, anderseits dem Unwillen über die verbreitete Korruption und Ineffizienz in der Fatah-Verwaltung. Die Hamas («Eifer») war 1987 während des ersten Palästinenser-Aufstands gegründet worden; sie kämpft für die Zerstörung Israels. Anstelle der von der Fatah befürworteten Zwei-Staaten-Lösung beansprucht sie das gesamte israelische Gebiet für einen Staat Palästina. Die militante Gruppe ist für mindestens 60 Selbstmordattentate in Israel verantwortlich. Sowohl die USA als auch die EU stufen die Hamas als terroristische Organisation ein. Die neue Regierung unter Ismail Hanijeh widersetzte sich der Aufforderung, Israel zu anerkennen und sich von ihrem Ziel, der Zerstörung des jüdischen Staates loszusagen. Israel brach darauf sämtliche offiziellen Kontakte ab. Die USA und die EU strichen der Hamas-geführten Regierung alle Geldzahlungen, was zur Folge hatte, dass sich die Situation der palästinensischen Bevölkerung akut verschlechterte.

Sturmzeichen

Die Rückschläge im Nahen und Mittleren Osten trugen dazu bei, dass die Popularität des amerikanischen Präsidenten im eigenen Land auf einen Tiefpunkt abrutschte. Aussenpolitisch gerieten die USA auch wegen des Gefangenenlagers auf Guantanamo und wegen der Behandlung von Kriegsgefangenen unter Druck. Berichte über geheime CIA-Flüge belasteten das Verhältnis zwischen den USA und Europa. Verheerend für George W. Bush wirkte sich indessen ein Naturereignis aus: Am 29. August 2005 verwüstete der Wirbelsturm «Katrina» grosse Teile der Küste in den US-Staaten Louisiana, Mississippi und Alabama. Besonders hart getroffen wurde die Grossstadt New Orleans. Mehrere Dämme brachen, worauf die Stadt zu 80 Prozent überflutet wurde. Im ganzen Schadengebiet kamen 1121 Menschen ums Leben. Allein in Louisiana zerstörte der Wirbelsturm 150 000 Häuser. Die Sachschäden werden auf rund hundert Milliarden Dollar geschätzt. Erschwerend wirkte sich das Versagen der Rettungs- und Katastrophendienste aus. Rund 100 000 Menschen, vor allem Schwarze, wurden eingeschlossen und mussten unter er-

Bild: Keystone

Am 29. August 2005 verwüstete der Wirbelsturm «Katrina» grosse Teile der US-Staaten Louisiana, Mississippi und Alabama, namentlich die Stadt New Orleans.

bärmlichen Umständen auf Hilfe warten. Auch die US-Regierung und namentlich Präsident Bush zogen sich wegen ihrer Inaktivität in den ersten Tagen der Katastrophe viel Kritik zu.

Ansturm auf die Festung Europa

Wie die Bombenanschläge in London und der Karikaturenstreit demonstrierten, blieb auch Europa von den weltpolitischen Verwerfungen nicht unberührt. Wie die USA wird auch Europa immer stärker zum Ziel von Migranten aus der Dritten Welt. Während zehntausende aus Mexiko und Zentralamerika die Grenze zu den USA überschreiten, um dort Arbeit und Verdienst zu finden, stehen heute vor allem Menschen aus Schwarzafrika vor den Toren Europas. Anfang September versuchten tausende schwarzafrikanischer Migranten die Grenzzäune zu den beiden spanischen Exklaven Ceuta und Melilla zu überwinden. Spanien vermochte den Ansturm zwar durch Verstärkung der Zäune und durch Abschieben der Immigranten nach Marokko fürs Erste abzuwehren. Die Episode zeigte jedoch exemplarisch, welche Sogwirkung die extremen Wohlstandsunterschiede zwischen Europa und Schwarzafrika entfalten. Nachdem die Zugangstore über Ceuta und Melilla geschlossen worden waren, versuchten die Migranten vermehrt von Mauretanien aus übers Meer zu den Kanarischen

Spanische Soldaten patrouillieren entlang dem Sicherheitszaun um die Exklave Melilla in Nordafrika, der angesichts des Ansturms von Immigranten massiv verstärkt wurde.

Inseln und von Libyen aus nach Süditalien zu gelangen.

Wie schwierig sich die Aufnahme dieser Menschen teilweise gestaltet, wurde in Frankreich, einem der Hauptzielländer von Einwanderern aus Nord- und Westafrika, sichtbar. Nach dem Tod zweier Jugendlicher, die sich im Pariser Vorort Clichy-sous-Bois in einer Trafostation vor der Polizei verstecken wollten, kam es zu einer Welle gewalttätiger Ausschreitungen. Zunächst war nur die Pariser Banlieue betroffen, später weiteten sich die Unruhen auch auf andere Städte des Landes wie Lille, Rouen, Nizza und Marseilles aus. Hintergrund waren die prekären Lebensverhältnisse in den Banlieues und die Benachteiligungen, welche die Jugendlichen auf dem Arbeitsmarkt erleiden. Die Ausschreitungen schreckten Frankreich auf: Bis Mitte November gingen rund 9000 Autos in Flammen auf; ein Mensch kam bei den Ausschreitungen ums Leben. Die Regierung erklärte schliesslich den Ausnahmezustand. Dieser ermöglichte es den Präfekten der Départements, in besonders stark betroffenen Gebieten Ausgangssperren zu verhängen. Ausserdem kündigte die Regierung ein Massnahmenpaket an, um die Bildungs- und Arbeitsmarktchancen der Immigranten-Jugendlichen zu verbessern. Nach wochenlangen Unruhen beruhigte sich die Lage hierauf wieder. Im Mai gingen indessen erneut zehntausende von Immigranten auf die Strasse, um gegen die Verschärfung des Einwanderungsrechts zu demonstrieren. Mit dem neuen Gesetz sollte unter anderem die automatische Einbürgerung nach zehnjährigem Aufenthalt abgeschafft und der Familiennachzug erschwert werden. Erleichterungen sah die Vorlage hingegen für die Einwanderung hoch qualifizierter Arbeitskräfte vor.

Ein weiteres Mal geriet die französische Regierung unter Druck, als sie Anfang Februar 2006 den so genannten «Vertrag zur Erstanstellung» («contrat première embauche», CPE) durch die Nationalversammlung schleuste. Der CPE zielte darauf hin, die Bedingungen zur Anstellung von Jugendlichen unter 26 Jahren für Unternehmen attraktiver zu machen. Er sah allerdings vor, dass junge Beschäftigte während der ersten zwei Jahre des Arbeitsverhältnisses ohne Begründung und ohne Vorwarnung hätten entlassen werden dürfen. In der Folge kam es zu landesweiten Massendemonstrationen, Streiks und Protesten, in deren Verlauf auch Schulen und Universitäten besetzt wurden. Am 7. April gab die französische Regierung schliesslich nach anhaltenden Protesten bekannt, sie werde das Gesetz zurückziehen und durch eine Neuregelung ersetzen, an dessen Ausgestaltung Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften beteiligt würden. Politisch bedeutete das Zurückkrebsen eine weitere schwere Schlappe für Präsident Jacques Chirac und Premierminister Dominique de Villepin, dessen Präsidentschafts-Ambitionen einen entscheidenden Dämpfer erlitten. Überdies sah sich de Villepin dem Verdacht ausgesetzt, falsche Korruptionsgerüchte über seinen innerparteilichen Rivalen Michel Sarkozy in die Welt gesetzt zu haben.

Bilder: Keystone

Erst mehrere Wochen nach der Bundestagswahl vom 18. September 2005 wurde für CDU-Chefin Angela Merkel der Weg ins Bundeskanzleramt frei.

Regierungswechsel

Machtwechsel in Italien: Nach einer knappen Wahlniederlage gegen das Mitte-Links-Bündnis um Romano Prodi trat Silvio Berlusconi am 2. Mai 2006 als Regierungschef zurück. Berlusconi, der 2001 zum zweiten Mal mit einer Mitte-Rechts-Koalition an die Macht gelangt war, war der am längsten amtierende Ministerpräsident Italiens seit dem Zweiten Weltkrieg. Aller-

dings hatte Berlusconi auch mit der Zahl der ausgewechselten Minister einen neuen Rekord aufgestellt. Umstritten war der «cavaliere» nicht nur wegen seines extravaganten Verhaltens und seiner Ausfälle gegen politische Gegner, sondern auch wegen seiner Kontrolle über die wichtigsten Privatsender des Landes. Rechtsstaatlich bedenklich war auch die Tatsache, dass viele Gesetze seiner Regierungszeit offensichtlich auf seine geschäftlichen Interessen zugeschnitten waren und um sich und seine Gefolgsleute vor Zugriffen der italienischen Justiz zu schützen.

Auch Deutschland erlebte einen Regierungswechsel. Bei den vorgezogenen Bundestagswahlen vom 18. September errang die CDU/CSU zwar nicht den ursprünglich erwarteten grossen Sieg: Sie kam «lediglich» auf 226 Mandate und übertraf damit nur knapp die SPD, welche 222 Sitze im neuen Bundestag errang. Die FDP kam auf 61, die neue Linkspartei auf 54 und die Grüne Partei auf 51 Sitze. Damit hatten CDU/CSU und FDP zu wenig Mandate, um eine tragfähige neue Regierungskoalition zu bilden. Anderseits schälte sich rasch heraus, dass die SPD keine rot-grüne Koalition unter Einschluss der neuen Linkspartei zu bilden gedachte, während CDU/CSU und FDP einer Koalition mit den Grünen eine Absage erteilten. Offen blieb einzig eine Grosse Koalition, die schliesslich unter CDU-Chefin Angela Merkel zustande kam. Ex-Kanzler Gerhard Schröder, der unmittelbar nach der Wahl noch auf seinem Führungsanspruch bestanden hatte, zog sich aus der Politik zurück. Am 22. November wurde Merkel als erste Frau und als erste Politikerin aus den neuen Bundesländern zur deutschen Bundeskanzlerin gewählt; Vizekanzler wurde Franz Müntefering (SPD). Merkels neue Koalition erlebte einen überraschend problemlosen Start; zu grösseren Reformen im Finanz- und Sozialbereich fehlten jedoch die Gemeinsamkeiten der beiden Koalitionspartner.

Die Europäische Union tat sich anhaltend schwer, den negativen Ausgang der Volksabstimmungen über die neue EU-Verfassung in Frankreich und Holland vom Frühjahr 2005 zu verkraften. Im Mai 2006 stellte sie Rumänien und Bulgarien, denen der Beitritt im Grundsatz bereits zugesagt war, neue Bedingungen. Sie wollte damit erreichen, dass der Kampf gegen Kriminalität und Korruption verstärkt würde. Trotzdem liess sich die EU in ihrem Erweiterungsdrang nicht bremsen: Am 3. Oktober 2005 beschloss sie, formell Beitrittsverhandlungen mit der Türkei und Kroatien aufzunehmen. Im Falle der Türkei legte sich Österreich vorerst quer, da das mittelöstliche, vom Islam geprägte Land andere Traditionen und Werte als das übrige Europa aufweist und hinsichtlich Rechtsstaatlichkeit nach wie vor schwere Defizite hat.

Irrationale Ängste

Teilweise irrationale Ängste löste das Vordringen der Vogelgrippe in Europa aus. Nachdem die Krankheit mit dem Virus H5N1 zuvor nur in Südost- und Ostasien aufgetreten war – und vereinzelt auch auf Menschen übergegriffen hatte –, wurde die Seuche im Sommer 2005 auch in Geflügelbeständen in Sibirien (Region Nowosibirsk) und in Kasachstan nachgewiesen, ferner in der Mongolei. Ab Oktober 2005 gab es bestätigte H5N1-Infektionen unter Geflügel in Rumänien, in Kroatien und in der Türkei. Am wahrscheinlichsten galt dabei die Übertragung durch Zugvögel. Zu Beginn des Jahres 2006 breitete sich die Krankheit auch nach Zentraleuropa und nach Afrika aus. Opfer wurden vor allem Wasservögel, insbesondere auf der Insel Rügen im Norden Deutschlands, aber auch in der Schweiz: Am 26. Februar 2006 wurde im Hafen von Genf ein Gänsesäger tot aufgefunden und einige Tage später vom EU-Referenzlabor in Weybridge positiv auf das Virus H5N1 getestet. Am 1. März 2006 wurde in Egnach am schweizerischen Bodenseeufer ein toter Schwan gefunden, der dem H5-Virus zum Opfer gefallen war. Allerdings trat die Krankheit in keinem Geflügelzuchtbetrieb auf, wie dies in Frankreich unweit der Schweizer Grenze geschah. Trotzdem verhängten die Behörden zweimal eine Stallpflicht.

Gemessen an den weltweiten Problemen erlebte die Schweiz ein gutes Jahr: Nach Jahren der Stagnation wiesen die Konjunkturbarometer wieder nach oben, die Konsumentenstimmung hob sich, und es zeichnete sich ein allmählicher Rückgang der Arbeitslosenquote ab (sie lag im April 2006 allerdings immer noch bei 3,5 %). Einmal mehr erlebte die Schweiz jedoch eine Unwetterkatastrophe: Dreitägige schwere Regenfälle führten im August 2005 in der Innerschweiz und im Kanton Bern zu schweren Überschwemmungen und Erdrutschen; betroffen waren namentlich die Regionen um den Sarner- und den Brienzersee, das Engelbergtal sowie die Stadt Bern und das Berner Seeland. Die Sachschäden beliefen sich auf über 2,5 Milliarden Franken.

Im bilateralen Verhältnis mit der EU konnte die Schweiz weitere Fortschritte verzeichnen: Nachdem die Stimmberechtigten am 4. Juni 2005 die Übereinkommen von Schengen und Dublin mit 54,6 % Ja-Stimmen angenommen hatten, sagten sie am 25. September mit 56 % auch Ja zur erweiterten Personenfreizügigkeit. Damit werden auch die zehn neuen EU-Länder im Osten und Süden Europas, allen voran Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn, in den Ge-

Bild: Keystone

Erneut wurde die Schweiz im August 2005 von schweren Unwettern und Hochwassern heimgesucht. Betroffen waren namentlich der Kanton Bern sowie die Innerschweiz (Bild: Werthenstein im Kanton Luzern).

nuss des freien Personenverkehrs kommen. Die Schweiz war bemerkenswerterweise das einzige Land Europas, das dieses Grundprinzip der europäischen Einigung explizit auch in einer Volksabstimmung akzeptierte.

Nicht auf allen Ebenen war die Schweizer Aussenpolitik ähnlich erfolgreich: Schiffbruch erlitten beispielsweise die Bemühungen um ein Freihandelsabkommen mit den USA. Hingegen vermochte Volkswirtschaftsminister Joseph Deiss den Schweizer Standpunkt bei den WTO-Verhandlungen in Hongkong im Dezember 2005 recht erfolgreich einzubringen: Die Konferenz endete mit einem Minimalkompromiss, wonach die Agrarsubventionen erst bis zum Jahr 2013 abgeschafft werden müssen – was der Schweizer Landwirtschaft Zeit gibt, schrittweise die nötigen Anpassungen zu machen. Einen Prestigeerfolg errang die Schweizer Diplomatie auch auf UNO-Ebene: Auf ihr massgebliches Betreiben hin wurde ein Menschenrechtsrat geschaffen, von dem man sich mehr Effizienz und Gewicht als von der bisherigen Menschenrechtskommission versprach. Im Mai 2006 wurde die Schweiz ebenfalls in dieses Gremium hineingewählt.

Widerstände

Die Öffnung gegen aussen kam indessen nur gegen grosse Widerstände voran. Vor allem die politische Rechte stellte sich wiederholt quer. Sowohl gegen die erweiterte Personenfreizügigkeit als auch gegen die Kohäsionszahlungen von einer Milliarde Franken zugunsten der neuen EU-Staaten wurden Referenden ergriffen. Opposition gab es auch von links: Sozialdemokraten und Gewerkschaften widersetzten sich regelmässig, wenn sie den Service public und die Versorgung in den Randgebieten in Gefahr wähnten. Im September 2002 war das Elektrizitätsmarktgesetz an der Urne gescheitert. Auch der Privatisierung der Swisscom erwuchs Opposition: Am 25. November 2005 kündigte der Bundesrat überraschend an, die Mehrheitsbeteiligung des Bundes abstossen zu wollen. Diese Absicht wurde in der Öffentlichkeit kontrovers aufgenommen. Erschwerend kamen Kommunikationsmängel hinzu: Erst im Nachhinein wurde bekannt, dass der Bundesrat der Swisscom verboten hatte, weitere risikoreiche Auslandsengagements einzugehen. Er vereitelte damit die Absicht der Swisscom-Führung, das irische Telekommunikationsunternehmen Eircom und Dänemarks grösste Telefongesellschaft TDC zu übernehmen. Diese Übernahmen hätten nicht nur zu einer kurzfristigen Verschuldung der Swisscom von 22 Milliarden geführt, sondern auch unabsehbare Risiken mit Blick auf die marode Grundversorgung in Irland mit sich gebracht. Sowohl die SP und die Grünen als auch die CVP kündigten früh ihre Opposition gegen die bundesrätlichen Privatisierungspläne an, während SVP und FDP die Vorlage unterstützten. Sie scheiterte, nicht überraschend, in der Sondersession des Nationalrats im Mai 2006.

Wertkonservative Grundhaltungen widerspiegelte auch das Ja von Volk und Ständen zur «Gentechfrei»-Initiative, welche ein fünfjähriges Moratorium für Freisetzungsversuche mit sich bringt. Diese Vorlage wurde mit 55,7 % angenommen. Nur ganz knapp, mit 50,6 % Ja, passierte das Bundesgesetz, wonach in Bahnhöfen und Flughäfen weiterhin ein Sonntagsverkauf stattfinden darf. Gewerkschaften und SP vermochten dagegen im Verbund mit der katholischen Kirche erstaunlich viel Opposition zu mobilisieren.

Leuthard für Deiss

Rücktritte aus dem Bundesrat gehören im schweizerischen Politalltag regelmässig zu den besonders medienträchtigen Ereignissen. So auch, als Joseph Deiss am 26. April überraschend seine Demission auf Ende Juli 2006 ankündigte. Der Freiburger hatte der Landesregierung sieben Jahre lang angehört, zuerst als Aussen-, dann als Volkswirtschaftsminister. Deiss wies Vermutungen zurück, wonach parteitaktische Überlegungen eine Rolle für seinen Rücktritt gespielt hätten, deutete jedoch an, dass ihm das in jüngster Zeit verschlechterte Klima im Bun-

Bild: Keystone

Am 14. Juni 2006 wurde die Aargauerin Doris Leuthard als Nachfolgerin von Joseph Deiss mit 133 von 234 Stimmen in den Bundesrat gewählt.

desrat zu schaffen gemacht habe. Von Anfang an war die Aargauer Nationalrätin Doris Leuthard Kronfavoritin für die Nachfolge. Die CVP-Präsidentin blieb einzige offizielle Kandidatin. Sie wurde am 14. Juni 2006 bereits im ersten Wahlgang – allerdings mit einem mässigem Resultat von nur 133 von möglichen 234 Stimmen – in die Landesregierung gewählt. Erwartungsgemäss übernahm die neu gewählte Bundesrätin die Führung des Volkswirtschaftsdepartements.

Dank Doris Leuthard hatte die CVP nach der Abwahl von Ruth Metzler am 10. Dezember 2003 wieder Fuss gefasst. In mehreren Kantonen gewann die vielerorts bereits totgesagte Mittepartei wieder Wahlen. Demgegenüber setzte sich der Krebsgang der FDP fort: Dazu trugen nicht zuletzt Personalprobleme und Querelen bei: Im Tessin entzog der Regierungsrat Finanzdirektorin Marina Masoni die Zuständigkeit für die Steuerabteilung, nachdem Ungereimtheiten im Zusammenhang mit einer Familienstiftung aufgetaucht waren. Im Kanton Zürich musste Baudirektorin Dorothee Fierz nach einem unüberlegten Machtgerangel den Hut nehmen.

Emotionen um Kampfhunde

Kein Ereignis bewegte die schweizerische Öffentlichkeit jedoch so sehr wie der Tod eines sechsjährigen türkischen Knaben im zürcherischen Oberglatt. Das Kind wurde am 1. Dezember 2005 auf einem öffentlichen Weg von drei Pitbull-Terriern zu Tode gebissen. Wie sich später herausstellte, waren die Hunde illegal aus Italien eingeführt und unter schlechten Verhältnissen gehalten worden. Der Fall wurde von den Medien breit ausgeschlachtet und führte zu hektischen politischen Aktivitäten: Der Kanton Zürich erliess «bis auf Weiteres» für vier Rassen eine Leinen- und Maulkorb-Tragepflicht, während der Kanton Wallis gleich zwölf Hunderassen und Kreuzungen verbot. Volkswirtschaftsminister Deiss, der sich für ein Verbot gewisser Hunderassen durch den Bund stark machte, stiess jedoch im Bundesrat auf Widerstand. Ihm und gewissen Medien wurde entgegengehalten, dass nicht die Rasse, sondern die Haltung und Erziehung der Hunde ausschlaggebend für ihre Aggressivität sind.